



**FRIEDRICH NAUMANN
STIFTUNG** Für die Freiheit.

POLICY PAPER

DEFENDING FREEDOM

**In die Wehrfähigkeit
von Demokratien investieren**


Theresa Caroline Winter

Impressum

Herausgeberin

Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit
Truman-Haus
Karl-Marx-Straße 2
14482 Potsdam-Babelsberg

 /freiheit.org

 /FriedrichNaumannStiftungFreiheit

 /FNFreiheit

Autorin

Theresa Caroline Winter
Managerin Vernetzte Sicherheit & Verteidigungspolitik

Redaktion

Dr. Michaela Lissowsky
Referat Globale Themen

Kontakt

Telefon +49 30 220126-34
Telefax +49 30 690881-02
E-Mail service@freiheit.org

Stand

März 2023

Hinweis zur Nutzung dieser Publikation

Diese Publikation ist ein Informationsangebot der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit. Die Publikation ist kostenlos erhältlich und nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf nicht von Parteien oder von Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden (Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie Wahlen zum Europäischen Parlament).

Lizenz

Creative Commons (CC BY-NC-ND 4.0)

Inhalt

1. EINLEITUNG	4
2. POLITISCHE DOKTRIN UND MILITÄRSTRATEGIE DER ABSCHRECKUNG	5
1.1 Warum Abschreckung? Ein historischer Abriss und seine heutige Bedeutung	5
1.2 Was genau ist Abschreckung? Über konventionelle Abschreckung, nukleare Abschreckung und Resilienz	8
1.3 Wie abschrecken? Die Komponente Glaubwürdigkeit	10
3. FAZIT	12
ÜBER DIE AUTORIN	13

1. Einleitung

Kriege beanspruchen gewaltige Ressourcen, zerstören Menschenleben und bringen offene liberale Gesellschaften schnell in innenpolitische Turbulenzen. Die ganze Idee der Demokratie, ihre Anziehungskraft und Prosperität beruht gerade auf der Abwesenheit von Krieg. Dennoch sind gewaltsame Konflikte und Kriege in der heutigen Geopolitik genauso Realität, wie sie es seit Jahrhunderten sind; und demokratische Staaten, oder solche auf dem Weg dorthin, sind damit konfrontiert. Konkurrenz um Ressourcen, Legitimität, Macht und Raum machen territoriale Verteidigung zum wichtigsten Thema – wieder einmal. Statt sich, wie in den letzten dreißig Jahren, auf internationales Krisenmanagement zu fokussieren, richten Deutschland und Europa ihr Militär wieder auf die Landes- und Bündnisverteidigung ein. Der seit Februar 2022 andauernde russische Angriffskrieg gegen die Ukraine unterstreicht die Notwendigkeit, umfassend neu in die europäische Verteidigung zu investieren. Und zeigt zudem, wie grundlegend unterschiedlich das Selbstverständnis autoritärer und demokratischer Regime ist – Imperialismus mit Gier nach Macht und Kontrolle gegenüber einem nahezu inhärenten Pazifismus, der zur Bequemlichkeit neigt, jedenfalls, wenn man das europäische Demokratiemodell der letzten der Jahrzehnte betrachtet.

Ein Schlüsselement der Militärstrategien des Kalten Krieges war die nukleare Abschreckung. Mit dem Ende des Kalten Krieges hat die nukleare Abschreckung an Bedeutung verloren. Nun herrscht in Europa wieder Krieg, und damit werden militärische Strategien, Konzepte und sogar Taktiken in der öffentlichen Debatte in den Demokratien Europas wieder lebhaft diskutiert, der Tatsache zum Trotz, dass in den meisten westeuropäischen Ländern Verteidigung jahrzehntelang nachrangig behandelt und stark unterfinanziert war. Sicherheitspolitische Bildung wurde darüber hinaus in einer breiteren Öffentlichkeit kaum als nützliches Wissen behandelt. Abschreckung, insbesondere nukleare Abschreckung, ist ein solches Konzept – und ihre (Erfolgs-) Geschichte und Funktion werden oft stark unterschätzt. Abschreckung muss nicht, wie oft angenommen, in einem Wettrüsten enden, sondern kann ein Konzept sein, mit dem demokratische Staaten sich selbst und die Werte, für die sie stehen, wirksam verteidigen. Wenn der Krieg gegen die Ukraine eines bewiesen hat, dann, dass die demokratische Definition von Freiheit und Teilhabe nicht selbstverständlich ist und verteidigt werden muss.

2. Politische Doktrin und Militärstrategie der Abschreckung

Das transatlantische Verteidigungsbündnis NATO bildet die Grundlage europäischer Sicherheit. Innerhalb der NATO spielt die europäische Integration und Konsolidierung von Sicherheit und Verteidigung, also gemeinsame Investitionen in Rüstungsgüter, Technologieentwicklungen und Fähigkeitsplanungen, eine immer wichtigere Rolle. In den letzten dreißig Jahren ging es in der deutschen und europäischen Sicherheitspolitik insbesondere um die Beteiligung an Missionen im Bereich von internationalem Krisenmanagement, beispielsweise im Kosovo, Libanon, in Mali, dem Südsudan oder im Mittelmeer. Seit Beginn des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine konzentrieren sich die europäischen Länder und die NATO wieder auf territoriale Verteidigung und Abschreckung. Die öffentliche Debatte in Deutschland kreist dabei insbesondere um einzelne militärische Rüstungsgüter und die Erhöhung der Verteidigungsausgaben. Die strategische Auseinandersetzung mit der nicht ganz neuen, aber zumindest neu erkannten Sicherheitslage in Europa ist bisher noch rückständig. Unter anderem scheint es verlockend, Parallelen zum Kalten Krieg und der Ost-West-Dichotomie zu ziehen. Allerdings hat sich die geopolitische Dynamik in den vergangenen drei Jahrzehnten stark verändert, vor allem sind neue Machtverhältnisse – mit Blick auf China – entstanden. Dies macht außen- und sicherheitspolitische Abwägungen komplizierter und erhöht die Komplexität von (militärischer) Abschreckung.

Zur Stärkung der Sicherheit in Europa drängen NATO und die nationalen Verteidigungsplaner insbesondere auf höhere Investitionen in Verteidigungsfähigkeiten. Während dieses Ziel bereits auf dem NATO-Gipfel in Wales 2014 formuliert wurde, hat der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine seit Februar 2022 diesem Versprechen noch mehr Nachdruck verliehen, was sich bereits in nationalen Verteidigungshaushalten widerspiegelt. So wurde in Deutschland ein Sondervermögen von 100 Milliarden Euro für die Streitkräfte bewilligt, ein ähnliches Sonderbudget hat Polen für die Modernisierung seiner Streitkräfte eingeführt. Polen, Norwegen, Lettland und Estland haben ihr Wehretat jeweils signifikant erhöht, viele andere europäische Länder haben sich zumindest erneut zum NATO 2%-Ziel bekannt, darunter Italien und Spanien.¹ Für Deutschland sind die 100 Milliarden Euro Sondervermögen ein wichtiger Anfang, wenn auch, angesichts des aktuellen Zustands der Streitkräfte, nur eine kleine Summe.

Grundsätzlich ist die Investition in die militärische Abschreckung ein Mittel zur Gewährleistung von Frieden und Sicherheit: Abschreckung ist eine militärische Strategie, die darauf abzielt, einen Angriff durch eine andere Partei zu verhindern. Sie beruht auf der Annahme, dass die Absicht, anzugreifen, real ist und, dass ein Angriff durch eine rationale Kosten-Nutzen-Analyse verhindert werden kann.

1.1 Warum Abschreckung? Ein historischer Abriss und seine heutige Bedeutung

Die Sicherheitsarchitektur in Europa nach dem Zweiten Weltkrieg

Das 20. Jahrhundert war geprägt von zwei Weltkriegen und einem Kalten Krieg, begleitet von einer Reihe von Stellvertreterkriegen und dem Abwurf von zwei Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki. Im Ersten Weltkrieg verloren schätzungsweise fünfzehn Millionen Menschen ihr Leben; im Zweiten Weltkrieg wurden sechzig Millionen Menschen getötet, bzw. etwa achtzig Millionen, einschließlich des Holocaust, des Völkermords an Roma und Sinti und anderer Kriegsverbrechen und Kriegsfolgen.² Es ist kein Zufall, dass die Vereinten Nationen (UN) in erster Linie gegründet wurden, um eine dauerhafte Ordnung des Friedens und der Sicherheit zu schaffen, „to save succeeding generations from the scourge of war, which twice in our lifetime has brought untold sorrow to mankind [...]“³. Die UNO sollte der Eckpfeiler einer neuen, regelbasierten Weltordnung sein. Mit der UN-Charta wurden sechs Hauptorgane geschaffen, darunter der Sicherheitsrat, dessen Beschlüsse – im Gegensatz zu denen aller anderen Organe – für alle 193 Mitgliedstaaten verbindlich sind. Gemäß Artikel 24 (1) der UN-Charta trägt der Sicherheitsrat die Hauptverantwortung für die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit und kann sowohl Sanktionen verhängen, als auch die Anwendung von Gewalt genehmigen, um den Weltfrieden und die internationale Sicherheit zu wahren oder wiederherzustellen.⁴ Angesichts des heutigen geopolitischen Umfelds hat sich die Konstruktion des Sicherheitsrates mit Russland und China als zwei der fünf ständigen Mitglieder mit der Macht, gegen jeden Beschluss ein Veto einlegen können, als unzureichend erwiesen. Um eine funktionierende, regelbasierte Ordnung zu gewährleisten, scheint eine Reform des Sicherheitsrates unumgänglich. Aus sicherheitspolitischer Sicht wäre dies von entscheidender Bedeutung, wenn auch zunächst unabhängig von der vorliegenden Diskussion.

1 Siehe Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit. Februar 2022. EDINA European Defence in a New Age, p. 9f. <https://shop.freiheit.org/#/Publikation/1433>.

2 Siehe O'Neill, Aaron. „Number of Military and Civilian Fatalities during the First World War, per Country or World Power, between 1914 and 1918.“ Statista. 21 Juni, 2022. <https://www.statista.com/statistics/1208625/first-world-war-fatalities-per-country/>; und O'Neill, Aaron. „Second World War: Fatalities per Country 1939-1945.“ Statista. 18 August, 2022. <https://www.statista.com/statistics/1293510/second-world-war-fatalities-per-country/>.

3 Charta der Vereinten Nationen: Präambel. 1945.

4 Siehe UN Security Council, <https://www.un.org/securitycouncil/> Zugriff am 01.12.2022.

Die wichtigste Organisation für Sicherheit und Stabilität in Europa ist das Verteidigungsbündnis NATO, die Organisation des Nordatlantikvertrags. Aufbauend auf der UN-Charta wurde die NATO 1949 gegründet, nachdem die Berlin-Blockade im April 1948 – die erste große Krise des Kalten Krieges – und der Staatsstreich in der Tschechoslowakei einige Monate später, bei dem die bis dahin demokratische Regierung zugunsten einer kommunistischen Herrschaft gestürzt wurde, die Sicherheitsbedürfnisse der westlichen Staaten verstärkt hatten. So gründeten zehn europäische und zwei nordatlantische Staaten die NATO, um „ihre Anstrengungen zur kollektiven Verteidigung und zur Wahrung des Friedens und der Sicherheit zu vereinen“.⁵ Sieben Jahre später, im Mai 1955, schlossen sich acht Staaten, darunter die Deutsche Demokratische Republik und die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, zum Warschauer Pakt⁶ zusammen, wodurch sich die verhärteten Fronten zwischen den östlichen und westlichen Blöcken des Kalten Krieges weiter verfestigten. Mehr als dreieinhalb Jahrzehnte lang beherrschten die beiden Militärorganisationen NATO und Warschauer Pakt unter Führung der Vereinigten Staaten bzw. der Sowjetunion die Sicherheitsarchitektur in Europa. Um dem immer schwerer zu kontrollierenden Wettrüsten zwischen den beiden Mächten entgegenzuwirken, wurde 1975 die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) gegründet. Als Plattform für den Dialog über Rüstungskontrolle und Abrüstung ging die KSZE auf einen sowjetischen Vorschlag zurück und wurde von den Vereinigten Staaten und zahlreichen europäischen Staaten unterstützt.

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion, der Auflösung des Warschauer Paktes und dem Ende des Kalten Krieges beschlossen die westlichen Alliierten, die militärische Koordinierung und kollektive Organisation durch die NATO beizubehalten und ihr Mandat an eine neue Bedrohungslandschaft anzupassen.⁷ Die KSZE blieb ebenfalls bestehen und wurde zur OSZE (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) weiterentwickelt und institutionalisiert. Heute ist sie mit 57 Mitgliedsstaaten die größte regionale Sicherheitsorganisation und die einzige, die sowohl Nordamerika und Europa als auch Zentralasien und Russland umspannt. Ihr Einfluss als Plattform für Konsultationen und Verhandlungen für ihre Teilnehmerstaaten, für die Förderung von Rüstungskontrolle und militärischer Transparenz sowie für die Überwachung und Förderung der Demokratie ist durch das Fehlen rechtlicher Befugnisse und begrenzte Ressourcen eingeschränkt.⁸ Seit Beginn des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine steht die OSZE vor ihrem größten Umbruch, mit noch ungewissem Ausgang. Russlands Blockadepolitik unter anderem in Bezug auf OSZE-Missionen in

der Ukraine sowie die Inhaftierung lokaler OSZE-Mitarbeiter zwingen die Organisation, andere Wege der Unterstützung der Ukraine zu suchen.⁹ Die russische Blockade in der Haushaltsabstimmung der OSZE sowie der Entscheidung des OSZE Vorsitzes 2024 sind wohl die derzeit größten Baustellen der Organisation.¹⁰

Abschreckung – damals und heute

Das Abschreckungskonzept der NATO beruhte von Anfang an auf der Wahrnehmung eines Ungleichgewichts in Bezug auf die konventionelle militärische Stärke der Sowjetunion. Zum Zeitpunkt der Gründung der NATO waren die meisten westlichen Militärplaner von der eigenen konventionellen militärischen Unterlegenheit gegenüber der Sowjetunion und ihren Partnern überzeugt. Um diese Sicherheitslücke auszugleichen, setzte die NATO-Strategie vorrangig auf die Nuklearwaffenfähigkeit der USA zur Verteidigung ihres Territoriums. Der frühen Idee, eine glaubwürdige Abschreckung aufzubauen, lag die Annahme zugrunde, Ziel der Sowjetunion sei ein Sieg über die NATO-Streitkräfte und die Ausdehnung des sowjetischen Einflusses bis an die Atlantikküste, auf den Mittelmeerraum und den Nahen Osten. Das Hauptziel westlicher Abschreckung bestand daher darin, die Sowjetunion davon zu überzeugen, dass ein Krieg A) kostspielig und B) erfolglos sein würde.¹¹ Dazu gehörte die Planung konventioneller militärischer Gegenmaßnahmen ebenso wie die Androhung größerer Maßnahmen wie der Einsatz von „strategic bombing [...] by all means“¹², d. h. eines Atomschlags.

Die strategischen Konzepte der NATO aus den 1950er Jahren und die darin enthaltenden politischen Leitlinien deuten darauf hin, dass die Nuklearwaffenfähigkeit bei der Abschreckung im Vordergrund stand, nicht zuletzt deshalb, weil eine umfassende militärische Aufrüstung auf dem Niveau der sowjetischen konventionellen Streitkräfte gegenüber der eigenen Bevölkerung als nicht vertretbar bzw. erklärbar angesehen wurde. Mit der Entwicklung nuklearer Fähigkeiten in der Sowjetunion führte der Wettbewerb um die gegenseitige nukleare Abschreckung zur MAD-Doktrin (*Mutually Assured Destruction* – gegenseitig gesicherte Zerstörung), ein Akronym, das die Tragweite und den Wahnsinn der Macht hinter den Atomwaffenarsenalen beider Länder widerspiegelt. Gleichzeitig sollten sich nach der Kubakrise 1962 die konventionellen bzw. explizit nichtnuklearen Fähigkeiten der NATO weiterentwickeln, um die Wahrscheinlichkeit einer Kettenreaktion, die in einer verheerenden nuklearen Eskalation enden könnte, zu verringern.

5 Nordatlantikvertrag: Präambel, 04 April 1949.

6 Siehe den Warschauer Pakt Vertrag, 14 Mai 1945. Wilson Center Digital Archive. <https://digitalarchive.wilsoncenter.org/document/warsaw-pact-treaty>, Zugriff am 01.12.2022.

7 Siehe „The Alliance’s New Strategic Concept (1991).“ North Atlantic Treaty Organization, 8 November 1991. https://www.nato.int/cps/en/natohq/official_texts_23847.htm.

8 European Parliament, Briefing, The Organization for Security and Co-operation in Europe (OSCE): A pillar of the European security order, September 2021. [https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/BRIE/2021/696190/EPRS_BRI\(2021\)696190_EN.pdf](https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/BRIE/2021/696190/EPRS_BRI(2021)696190_EN.pdf).

9 Siehe Auswärtiges Amt, 01 Dezember 2022, „2022 war ein schwieriges Jahr für die OSZE: Wie die Organisation mit der russischen Blockadepolitik umgeht und warum es sich lohnt, die Arbeit der OSZE zu unterstützen.“ <https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/sicherheitspolitik/-/2565858>. Zugriff am 28.02.2023.

10 Siehe Liechtenstein, Stephanie, 29 November 2022, „Will Russia Kill The OSCE?“ <https://foreignpolicy.com/2022/11/29/osce-russia-putin-armenia-azerbaijan/>. Zugriff am 28.02.2023.

11 Siehe Pedlow, Gregory W. „NATO Strategy Documents 1949-1969.“ Research Gate. NATO, 1997.

https://www.researchgate.net/publication/280287417_NATO_Strategy_Documents_1949-1969, p. XI f.

12 Ibid. p. XIII.

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion wurde die klassische Gegenüberstellung von Freund und Feind obsolet. Das Bedrohungsumfeld veränderte sich und umfasste vermehrt internationalen Terrorismus, die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und destabilisierende Einflüsse durch soziale oder wirtschaftliche Faktoren. Die nukleare Abschreckung spielte weiterhin eine wichtige Rolle, wenn auch in geringerem Maße. Gleichzeitig wurde die Rolle vertrauensbildender Maßnahmen, wie sie in internationalen Rüstungskontrollverträgen vorgesehen sind, ausgebaut. Folglich traten in Europa sowohl militärische Abschreckung als auch die klassische Territorialverteidigung für fast dreißig Jahre in den Hintergrund. Beides ist heute wieder zurück auf der Tagesordnung. Das hat mehrere Gründe:

Im Februar und März 2014 marschierten russische Streitkräfte auf der ukrainischen Halbinsel Krim ein und annektierten sie anschließend. Seitdem dauert der bewaffnete Konflikt in der Donbass-Region an.

Am 24. Februar 2022 ordnete die russische Regierung eine umfassende Invasion der Ukraine an. Der russische Krieg gegen die Ukraine mit dem erklärten Ziel der Vernichtung dauert seither an.

Weitere Beispiele für Souveränitätsverletzungen auf der ganzen Welt, sei es durch bewaffnete Konflikte, psychologische Kriegsführung oder Cyberangriffe, sind zahlreich. Geografisch weiter von Europa entfernt, aber prioritär für seinen wichtigsten Sicherheitspartner, konzentriert sich die US-Außenpolitik auf China und Taiwan. Bisher ist kein militärischer Konflikt ausgebrochen, Analysten halten eine Annexion Taiwans durch China allerdings für nicht unwahrscheinlich.¹³

Trotz vieler Unterschiede zwischen diesen Konflikten bleibt die Kernfrage dieselbe: Wie verteidigt man liberale Demokratien gegen territoriale und systemische Ansprüche eines größeren, autokratischen, Regimes?

Die Antwort auf die Frage „Warum Abschreckung?“ liefert die Lösung auf diese übergeordnete Kernfrage. Demokratien brauchen eine glaubwürdige Abschreckung, um sich und ihre Verbündeten zu verteidigen und für langfristige Sicherheit zu sorgen.¹⁴ Sie müssen in der Außen- und Sicherheitspolitik enger zusammenarbeiten, ihre Streitkräfte auf eine gemeinsame Abschreckung und territoriale Verteidigung ausrichten, ohne internationales Krisenmanagement abrupt zu vernachlässigen und gleichzeitig die gesellschaftliche Resilienz gegenüber hybriden Bedrohungen stärken.

Insbesondere westliche Demokratien sind besonders anfällig für Bedrohungen von außen, weil die Mittel der Verteidigung und der Einsatz des Militärs politisch stark ein-

gehegt und eng mit nationalen Verfassungsvorgaben verknüpft sind. Die parlamentarische Kontrolle über den Einsatz, die Größe und die Ausrüstung der Streitkräfte bedeutet im Falle Deutschlands einen zusätzlichen bürokratischen und zeitlichen Aufwand für die Entscheidungsfindung. Die Verteilung der Ressourcen ist heftig umstritten, und das öffentliche Interesse an den Streitkräften ist – auch aufgrund einer fehlenden *strategischen Kultur*¹⁵ – bestenfalls rudimentär. Die Debatte darüber, ob in die Streitkräfte investiert werden soll oder nicht, hängt also stark vom Engagement und der Überzeugung der jeweiligen gewählten Parlamentarier ab. Abgesehen von den regelmäßigen Unterrichtungen über die Sicherheitslage durch die zuständigen Regierungsstellen – Nachrichtendienste, Verteidigungsministerium, Streitkräfte – basieren Haushaltsentscheidungen nicht nur auf Bedrohungsanalysen, sondern vor allem auf politischen Eigeninteressen, insbesondere in Friedenszeiten. Durch den brutalen russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine müssen sich die Demokratien in Europa und das transatlantische Bündnis schnell und umfassend an ein neues Sicherheitsdenken anpassen und dabei ihre Bürgerinnen und Bürger mental mitnehmen. Die Notwendigkeit, auf nationaler Ebene in die Sicherheit zu investieren und gleichzeitig die Ukraine militärisch zu unterstützen – durch Waffenlieferungen, die Bereitstellung von nachrichtendienstlicher Unterstützung und andere Formen der finanziellen und humanitären Unterstützung – läuft parallel zur dringenden Umstrukturierung der Energieversorgung, ganz zu schweigen von der Ressourcenkonkurrenz mit zahlreichen anderen Ausgabenwünschen jenseits der Verteidigung. Jede Haushaltsentscheidung bedarf einer gründlichen Erklärung. Vor dem Hintergrund der Phase einer langjährigen Reduzierung müssen Neuinvestitionen in das Militär neu und sorgfältig begründet werden.

Im Gegenteil dazu profitieren autokratische Regime in Bezug auf militärische Macht und Durchsetzungsvermögen von einer Machtkonzentration und der Kontrolle über die öffentliche Meinung. Machtprojektion wird oft als Quelle der Legitimität und – je nach Kontext – zur Priorisierung der Ressourcenverteilung zugunsten des Militärs genutzt, was von der Öffentlichkeit leichter akzeptiert oder wenigstens hingenommen wird.

Der russische Krieg gegen die Ukraine ist ein radikales Beispiel dafür, warum die europäischen Länder, allen voran Deutschland, in ihre Abschreckung investieren müssen: in militärische Fähigkeiten ebenso wie in messbare Soft Power-Maßnahmen wie umfassende Sanktionspakete. Auch Chinas offene Aggression gegen Taiwan zeigt, dass Demokratien weltweit zusammenarbeiten müssen und eine gemeinsame Strategie im Umgang mit Aggressionen von außen benötigen.

13 Siehe Valenti, Dr. Alix. Oktober 2022. „Indo-Pacific. Threats, security and cooperation. Policy Paper based on the findings of the Indo-Pacific Conference, 5 September 2022.“ file:///C:/Users/wintert/Downloads/2022_PP_IndoPazifikKonferenz_en_web_final.pdf und

Jyun-yi Lee, Jyh-Shyang Sheu, Christina Chen. Februar 2023. „Der Aufstieg Chinas? Eine Analyse aus Taiwan“. <https://shop.freiheit.org/#/Publikation/1431>.

14 Eine umfassende Lektüre über Möglichkeiten der Zusammenarbeit und Allianzen für die Demokratie finden Sie unter Leutheusser-Schnarrenberger, Sabine, Paqué, Karl-Heinz Prof. Dr., Link, Michael, Vogel, Johannes, Gohl, Christopher Dr., Lissowsky, Michaela Dr., Riedel, Ann Cathrin, Hilgers, Sven, and Theresa C. Winter.

„ALLIANZEN FÜR DEMOKRATIE. Liberale Ansätze für den neuen Systemwettbewerb.“ Freiheit.Org Impulspapier, (2022). <https://shop.freiheit.org/#/Publikation/1280>.

15 Mit strategischer Kultur ist hier ein gesellschaftlich akzeptierter und weit verbreiteter Diskurs über Sicherheits- und Verteidigungsfragen in politischen, akademischen und auch militärischen Kreisen, einschließlich der breiten Öffentlichkeit, gemeint. Insbesondere die strategische Auseinandersetzung mit nationalen Interessen und Sicherheitsfragen steht im Vordergrund.

Der Eintritt in einen heißen Krieg ist für die meisten demokratischen Staaten, erst recht in Europa, unvorstellbar. Die Investition in die eigene Sicherheit müssen aufgebracht und gemeinsame demokratische Werte müssen unmissverständlich geschützt werden. Die militärische Abschreckung demokratischer Staaten erfordert daher einen gut strukturierten Multilateralismus¹⁶, praktikable Verteidigungsstrategien und eine starke strategische Kultur. Vor allem muss die europäische Abschreckung Bedrohungen und Akteure klar identifizieren und eine gezielte Sicherheitsstrategie entwickeln. Während sich die Theorie um das Thema Abschreckung (*deterrence theory*) jahrzehntelang auf die Vereinigten Staaten als Inbegriff der Abschreckungshaltung und Technologieentwicklung konzentrierte, ist es nun an der Zeit, ein europäisches Verständnis zu entwickeln und in die europäische Abschreckung zu investieren.

1.2 Was genau ist Abschreckung? Über konventionelle Abschreckung, nukleare Abschreckung und Resilienz

Abschreckung zielt darauf ab, aggressives Verhalten eines Staates – jegliche Form eines Angriffs oder einen gewaltsamen Konflikt – durch die Androhung einer erheblichen Strafe oder Gegenmaßnahme zu verhindern. Abschreckung kann unmittelbar erfolgen, quasi durch Zugangsverweigerung, oder verzögert, durch die Androhung schwerwiegender Vergeltungsmaßnahmen. Abschreckung durch **Verweigerung** ist greifbar, Abschreckung durch **Verzögerung** abstrakt. Verweigerung bedeutet, dass jegliche Form eines Angriffs unmittelbar durch eine glaubhaft ausgestattete Streitkraft abgewehrt wird. Der klassische Fall konventioneller Abschreckung ist die Gegenüberstellung militärischer Truppen. Die Kosten eines Angriffs sind klar, und die Wirkung besteht schlicht darin, das Ziel des Gegners – beispielsweise territoriale Ausdehnung – zu verhindern. Die Abschreckung durch die Androhung von Vergeltungsmaßnahmen ist dagegen weniger greifbar und hängt stark von der Glaubwürdigkeit der Bereitschaft ab, diese Drohung wahr zu machen. Eine bedeutende Vergeltungsmaßnahme könnte die Verhängung von massiven Wirtschaftssanktionen sein, oder, am prominentesten, die Androhung einer nuklearen Eskalation.

Abschreckung wird weithin als eine kontroverse und durchaus oft als eine nicht schlüssige Strategie diskutiert. In der Wissenschaft wird oft zwischen verschiedenen Wellen der Abschreckung während der Ära des Kalten Krieges unterschieden, und die Abschreckungstheorie wird fast ausschließlich mit der Außenpolitik der USA in Verbindung gebracht.¹⁷ Unstrittig ist die Unterscheidung zwischen konventioneller und nuklearer Abschreckung, obwohl zu Beginn des 21. Jahrhunderts auch neue Konzepte in den Diskurs aufgenommen wurden, wie zum Beispiel *cyber deterrence* (Abschreckung von hybriden Bedrohungen und Angriffen aus dem Cyberraum),

space deterrence (Abschreckung von Bedrohungen im Weltraum) oder im weiteren Sinne die Abschreckung durch kollektive Akteure (*collective actor deterrence*).

Drei Dimensionen der Abschreckung sind zentral und fließen in alle anderen konzeptionellen Versuche ein, die Abschreckung an neue Bedrohungen anzupassen: **konventionelle Abschreckung** (direkte Verteidigung durch Verweigerung), **nukleare Abschreckung** (abstrakte Verteidigung durch Androhung von Vergeltungsmaßnahmen) und **Resilienz** (strukturelle und gesellschaftliche Widerstandsfähigkeit).

Konventionelle Abschreckung – direkte Verteidigung

Bei der konventionellen Abschreckung geht es um militärische Fähigkeiten und Streitkräftestrukturen, die für einen direkten Kriegseinsatz bereit sind. Im Gegensatz zur nuklearen Abschreckung wird bei der konventionellen Abschreckung die Wahrscheinlichkeit einer direkten militärischen Aktion berücksichtigt. Die Verhinderung eines Konflikts erfordert glaubwürdig ausgestattete und gut ausgebildete Streitkräfte, die bereit sind, bei Bedarf aktiv einzugreifen. Während des Kalten Krieges und in der unmittelbaren Folgezeit hielt die NATO die konventionellen Streitkräfte der Sowjetunion für wesentlich stärker als die der NATO und ihrer Partner. Bemühungen, es mit den sowjetischen Streitkräften aufzunehmen, wurden als unverhältnismäßig aufwendig angesehen; stattdessen sollten die Wiederbewaffnung (West-) Deutschlands und die militärische Aufstellung in Europa in der Lage sein, einem gezielten Angriff von sowjetischer Seite standzuhalten, nicht aber, einen umfassenden und langwierigen Angriff zu verhindern. Diese Aufgabe oblag dem nuklearen Abschreckungsdispositiv der NATO. Die konventionelle Abschreckung sollte glaubhaft machen, dass ein Angriff so lange standgehalten werden könnte, bis eine ernsthafte Reaktion mit taktischen Kernwaffen möglich wäre; damit hingen konventionelle und nukleare Abschreckung miteinander zusammen.

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion trat das Szenario, einen Angriff auf das NATO-Gebiet auch kurzfristig abwehren zu müssen, in den Hintergrund, und damit auch die Notwendigkeit, in konventionelle Abschreckung zu investieren.

Nukleare Abschreckung – abstrakte Verteidigung

Die nukleare Abschreckung ist die bekannteste Kategorie der Abschreckung, die Androhung schwerer Vergeltungsmaßnahmen. Während des Kalten Krieges war die nukleare Abschreckung ein wesentlicher Bestandteil der sogenannten MAD-Doktrin (*Mutually Assured Destruction*).¹⁸ Über die

¹⁶ Im Gegensatz zu einem überambitionierten Multilateralismus wie in Patrick Morgans Analyse der Abschreckung durch kollektive Akteure. Morgan zufolge zielt die *collective actor deterrence* darauf ab, wichtige Veränderungen im internationalen Kontext zu bewirken, und geht daher über ihren ursprünglichen Zweck, den Ausbruch eines Krieges zu verhindern, hinaus. Sie wird als zu langsam im Ergreifen von Maßnahmen angesehen und lässt Meinungsverschiedenheiten zwischen ihren Mitgliedern zu – insbesondere in der Frage, ob Gewalt angewendet werden sollte oder nicht –, was wiederum Abschreckung marginalisiert. Morgan, Patrick M. 2012. "The State of Deterrence in International Politics Today". *Contemporary Security Policy* 3(1), 85-107.

¹⁷ Siehe Jervis, Robert. 1979. "Deterrence Theory Revisited". *World Politics* 31 (2). Cambridge University Press: 289-324. doi: 10.2307/2009945.

¹⁸ Siehe Jervis, Robert. 2002. "Mutual Assured Destruction." *Foreign Policy*, no. 133 (2002): 40-42. <https://doi.org/10.2307/3183553>.

MAD-Doktrin und die nukleare Abschreckungshaltung des Kalten Krieges hinaus hält die NATO auch heute noch an der nuklearen Abschreckung als einem zentralen Aspekt ihrer Verteidigung fest:

“Nuclear weapons are a core component of NATO’s overall capabilities for deterrence and defence, alongside conventional and missile defence forces. [...] The fundamental purpose of NATO’s nuclear capability is to preserve peace, prevent coercion and deter aggression. As long as nuclear weapons exist, NATO will remain a nuclear alliance. NATO’s goal is a safer world for all; the Alliance seeks to create the security environment for a world without nuclear weapons.”¹⁹

Die nukleare Abschreckung ist weniger greifbar und in der Umsetzung kontroverser als die konventionelle Abschreckung. Aufgrund ihres massiven Zerstörungspotenzials verurteilen viele zivilgesellschaftliche Organisationen und viele Nichtkernwaffenstaaten die bloße Existenz von Kernwaffen scharf. Darüber hinaus bleibt die Annahme umstritten, dass nukleare Abschreckung nur dann funktioniert, wenn alle Akteure gleichermaßen rational handeln. Die Macht einer nuklearen Drohung ist jedoch so groß, dass sie weit mehr als nur zwei Akteure (Angreifer und Empfänger) betrifft. So zum Beispiel jüngst im Fall des russischen Krieges gegen die Ukraine: als der russische Präsident Vladimir Putin mit dem Einsatz von Atomwaffen drohte, reagierten nicht nur die Ukraine, die Vereinigten Staaten oder europäische Länder. Sogar Putins Verbündeter, Chinas Präsident Yi Jinping, warnte ausdrücklich vor dem Einsatz von Atomwaffen gegen die Ukraine. Die Macht und die Gefahr von Atomwaffen sind allgemein bekannt, weshalb ihr Besitz sowohl gewünscht als auch gefürchtet ist.

Heute gibt es sieben Atommächte (die USA, Russland, China, Indien, Pakistan, Großbritannien, Frankreich), eine verdeckte Atommacht (Israel) und mindestens drei Anwärter auf den Besitz von Atomwaffen (Iran, Nordkorea und Syrien), wodurch das Phänomen der Atomwaffen globaler denn je ist.²⁰ Durch die sogenannte nukleare Teilhabe ist neben Belgien, Italien, den Niederlanden und der Türkei auch Deutschland in die Zielplanung und den Einsatz der Waffen durch die NATO einbezogen.

Es bleibt wichtig, die weltweiten Bemühungen um eine Reduzierung der Atomwaffen und einen Stopp ihrer Verbreitung voranzutreiben, doch wäre es töricht anzunehmen, dass ein Land mit gutem Beispiel vorangehen, seine Atomwaffen abschaffen und damit einen Schneeballeffekt bei den anderen Atompartnern auslösen könnte. Es gibt keine Anzeichen dafür, dass Russland oder China oder Pakistan oder Indien, geschweige denn die anderen Länder einem solchen Beispiel folgen würden, selbst wenn die Vereinigten Staaten den Anstoß dazu geben würden.

Resilienz – Widerstandsfähigkeit

Vergleichsweise neu in der Diskussion um Abschreckung ist die Resilienz. Als Schlagwort vor allem der letzten zwei Jahrzehnte ist Resilienz in der internationalen Politik im Zusammenhang mit der Sicherheitsvorsorge des westlichen Bündnisses in Artikel 3 der NATO verankert:

“In order more effectively to achieve the objectives of this Treaty, all Parties, separately and jointly, [...] will maintain and develop their individual and collective capacity to resist armed attack.”

Im Wesentlichen bezieht sich Resilienz in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik auf die Fähigkeit eines Staates, einem Angriff standzuhalten und sich davon zu erholen. Dabei geht es sowohl um den Schutz kritischer Infrastruktur, als auch die allgemeine Versorgungslage und den gesellschaftlichen Umgang mit einem Angriff jeglicher Form. Resilienz fließt somit in die Abschreckung durch Verweigerung bzw. die klassische konventionelle Abschreckungshaltung ein. Resilienz hat sowohl eine eindeutige militärische als auch eine zivile Komponente, was die Koordinierung und Aufgabenteilung bei ihrer Umsetzung erschwert. Für die NATO ist Resilienz eine nationale Aufgabe, die zur gemeinsamen kollektiven Verteidigung beiträgt. Obwohl Resilienz seit den Anfängen der NATO Teil ihres Sicherheitskonzepts ist, ist die Begrifflichkeit schwammig und unterliegt nationalen Auslegungen. Während des Kalten Krieges wurde die zivile Komponente, d.h. die zivile Bereitschaft bzw. die zivile Notfallplanung, von den Bündnispartnern „gut organisiert und mit entsprechenden Mitteln ausgestattet“²¹. Dies spiegelte sich auch in der Organisations- und Kommandostruktur der NATO wider. Diese Bemühungen wurden allerdings nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion erheblich eingeschränkt. Erst mit der Annexion der Krim durch Russland 2014 und dem Erstarken der Terrororganisation ISIS/Daesh, deren Aktivitäten weit in das Bündnisgebiet hineinreichten, geriet Resilienz wieder in den Vordergrund. Es wurde deutlich, dass moderne Gesellschaften widerstandsfähige zivile Strukturen, Ressourcen und Dienste benötigen, um externen Bedrohungen zu widerstehen.²²

Aufgrund immer deutlicherer Schwachstellen in der Sicherheitsarchitektur in Europa vor allem in Bezug auf die veränderte geopolitische Landschaft der letzten acht Jahre haben die Staatschefs innerhalb der NATO beschlossen, das Konzept der Resilienz weiterzuentwickeln und mit konkreten Maßnahmen und Verantwortlichkeiten zu versehen. Neben spezifischen Koordinations- und Kooperationsbereichen wie Cyberabwehr, hybriden Bedrohungen und zivil-militärischer Zusammenarbeit, hat die NATO sogenannte *Baseline Requirements* von Resilienz definiert.

19 Siehe „NATO’S Nuclear Deterrence Policy and Forces.“ NATO. North Atlantic Treaty Organization. 6 Juli 2022. https://www.nato.int/cps/en/natohq/topics_50068.htm.

20 Siehe Delpech, Thérèse. 2012. Nuclear Deterrence in the 21st Century: Lessons from the Cold War for a New Era of Strategic Piracy. Rand Corporation. ISBN 0833059440, 9780833059444 p.3.

21 Siehe Roepke, Wolf-Diether, and Hasit Thanky. „Resilience: The First Line of Defence.“ NATO. February, 2019. <https://www.nato.int/docu/review/articles/2019/02/27/resilience-the-first-line-of-defence/index.html>.

22 ebenda.

Auf dem Warschauer Gipfel 2016 einigten sich die NATO-Mitgliedstaaten auf sieben solcher Grundanforderungen als Grundlage einer glaubwürdigen Abschreckung und Verteidigung:

- (1) gesicherte Kontinuität der Regierung und kritischer Regierungsdienste;
- (2) widerstandsfähige Energieversorgung;
- (3) die Fähigkeit, unkontrollierte Bewegung von Menschen wirksam zu bewältigen;
- (4) widerstandsfähige Nahrungsmittel- und Wasservorräte;
- (5) die Fähigkeit, mit schweren Verlusten/hohen Opferzahlen umzugehen;
- (6) widerstandsfähige Kommunikationssysteme;
- (7) widerstandsfähige Transportsysteme.

Die NATO-Regierungschefs bekräftigten das Bekenntnis zu diesen Anforderungen auf dem Brüsseler Gipfel im Jahr 2021. Der NATO-Agenda 2030 wurden acht Säulen hinzugefügt: interne Resilienz (Solidarität innerhalb des Bündnisses), gesellschaftliche Resilienz, demokratische Resilienz (institutionelle Widerstandsfähigkeit), Klima-Resilienz (insbesondere Frühwarnung und Wiederaufbau nach Klimakatastrophen), Verteidigungsspektrum (Anpassungsfähigkeit an sich ändernde Sicherheitsanforderungen), Schutz und Resilienz kritischer Infrastruktur, wirtschaftliche Resilienz und Resilienz in Bezug auf die Nutzung des Weltraums. Außerdem wurde eine Initiative zur Einführung eines noch zu definierenden „internen Resilienzbarometers“ zur Bewertung der Fortschritte bei der Umsetzung dieser Anforderungen vorgestellt.²³ Auf dem NATO-Gipfel in Madrid im Juni 2022 erklärte die NATO Resilienz zur ersten Linie der Abschreckung und Verteidigung (*first line of deterrence and defence*). Die Stärkung der Fähigkeit von Gesellschaften, „sich auf das gesamte Spektrum von Bedrohungen und Gefahren vorzubereiten, darauf zu reagieren, sich davon zu erholen und sich daran anzupassen“, ist laut NATO eine Schlüsselkomponente ihrer Verteidigungshaltung.²⁴ Daher hat die NATO im Oktober 2022 einen sogenannten Resilienzausschuss als hochrangiges NATO-Beratungsgremium für Resilienz und zivile Abwehrbereitschaft eingerichtet.²⁵

Insgesamt hat es den Anschein, dass insbesondere die zivil-militärische Koordinierung und die Umsetzung in nationale Politiken noch in den Anfängen steckt. Darüber hinaus ist Resilienz nicht dazu gedacht, einen Angriff wie ein Schutzschild abzufedern. Vielmehr geht es beim Aufbau von Resilienz darum, Bewältigungsmechanismen und schnelle Alternativlösungen zu schaffen, um mit den Auswirkungen eines

potenziellen Angriffs umzugehen. Wie die Widerstandsfähigkeit tatsächlich erhöht und die Zivilgesellschaft stärker in die Sicherheitsaufgaben einbezogen werden kann, muss noch institutionalisiert werden.

Unterm Strich ist Abschreckung glaubwürdig gewährleistet, wenn ein vollausgerüstetes Militär vorhanden ist oder die entsprechenden Fähigkeiten durch NATO-Partner vollständig abgedeckt werden, die Öffentlichkeit gut informiert ist und staatliche Dienste und Ressourcen dezentralisiert oder redundant organisiert sind, um sichere Kommunikationswege und die Versorgung mit Energie, Lebensmitteln usw. zu gewährleisten. Die nukleare Abschreckung ist eine Realität in der heutigen Geopolitik, und ihre Rolle wird auch in naher Zukunft nicht abnehmen. Solange es nicht zu einem versehentlichen oder absichtlichen Einsatz von Kernwaffen kommt, wird sich an der Tatsache, dass Kernwaffen weiterhin eine besondere Sicherheitsfunktion erfüllen, nicht viel ändern. Dies gilt insbesondere für aufstrebende Mächte und autokratische Regime, weshalb demokratische Staaten nicht einseitig auf diese Technologie verzichten können. Die konventionelle Abschreckung muss ein stärkerer Pfeiler der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik werden, um die nukleare Abschreckung zu unterstützen und ihre Rolle zu relativieren.

1.3 Wie abschrecken? Die Komponente Glaubwürdigkeit

Letztlich basiert Abschreckung auf einer Komponente: Glaubwürdigkeit. Die Fähigkeit, einer externen Bedrohung zu begegnen, muss glaubwürdig sein, um einen potenziellen Gegner wirklich von einem Angriff abzuschrecken. Ebenso muss über Risiken und Sinnhaftigkeit ausreichend und glaubwürdig informiert werden, damit die Öffentlichkeit bereit ist, notwendige Ressourcen zu investieren.

Abschreckung wird durch ein glaubwürdig fähiges Militär, durch ein glaubwürdiges politisches Reaktionspaket auf Handlungen staatlicher Akteure, die gegen die von den Vereinten Nationen geschaffene regelbasierte Ordnung verstoßen, durch eine glaubwürdige nukleare Abschreckung, durch eine widerstandsfähige Infrastruktur und durch die Widerstandsfähigkeit der Gesellschaft gewährleistet. Es reicht nicht aus, über bestimmte Fähigkeiten in Quantität und Qualität zu verfügen, entscheidend ist die Bereitschaft, diese Fähigkeiten einzusetzen – sei es durch militärische oder wirtschaftliche Sanktionspakete.

Die meisten NATO-Mitgliedstaaten sind nicht in der Lage, ihr eigenes Hoheitsgebiet allein zu verteidigen. Aus diesem Grund wurde die NATO gegründet und existiert noch heute, lange nach Ende des Kalten Krieges. Heute hat die Koordinierung der Anstrengungen zur Verbesserung der Sicherheit und der Verteidigung mit der Europäischen Union weitere in-

23 Siehe NATO 2030 Young Leaders Report. Februar 2021. „NATO 2030: Embrace the change, guard the values“. https://www.nato.int/nato_static_fl2014/assets/pdf/2021/2/pdf/210204-NATO2030-YoungLeadersReport.pdf.

24 Siehe NATO, Deterrence and defence, https://www.nato.int/cps/en/natohq/topics_133127.htm. Zugriff am 01.12.2022.

25 Siehe NATO, Resilience Committee, https://www.nato.int/cps/en/natohq/topics_50093.htm. Zugriff am 14.12.2022.

stitutionelle Einrichtungen erhalten, die das Potenzial haben, durch Bündelung nationaler Vorhaben die Wirksamkeit der NATO zu erhöhen.

Durch den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine hat sich in Europa ein neues Verständnis für Sicherheit und Verteidigung etabliert. Für einen glaubwürdigen und vor allem nachhaltigen Wandel muss noch enger und ressortübergreifend koordiniert werden, eine schnellere Entscheidungsfindung auf nationaler Ebene herbeigeführt, gemeinsame Beschaffungs- und Technologieentwicklungen realisiert und eine breitere sicherheitspolitische Bildung unter Einbeziehung der Zivilgesellschaft²⁶ erreicht werden. Am wichtigsten ist jedoch die strategische Beantwortung der Frage, was und wer abgeschreckt werden soll und was den betreffenden Akteur abschrecken würde. Im Hinblick auf den derzeitigen Krieg Russlands gegen die Ukraine sind sich die Europäer und insbesondere Deutschland uneins darüber, was Russ-

land abschreckt und wie Abschreckung erreicht werden kann. Geht es darum, Russland von Angriffen auf andere europäische Länder abzuhalten? Soll Russland von weiteren Angriffen auf die Ukraine abgeschreckt werden? Was ist der Unterschied zwischen siegen und verlieren? Diese strategische Debatte muss in Deutschland geführt und kultiviert werden.

Die Glaubwürdigkeit von Abschreckung wächst mit einer veränderten Haltung gegenüber der Sinnhaftigkeit von Sicherheit und Verteidigung und einem damit verbundenen veränderten Narrativ: positive Botschaften über erfolgreiche nationale Beschaffungsbemühungen, Berichterstattung über NATO-Übungen über spezifische Fachmedien hinaus, fortgesetzte und unverminderte militärische Unterstützung für die Ukraine, eine starke Werterhetik und Sanktionierung von Völkerrechtsverletzungen auf der internationalen politischen Bühne.

²⁶ Zum Thema sicherheitspolitische Bildung ist Anfang 2023 eine Studie mit der Bundeswehruniversität in München veröffentlicht worden. Siehe Pietraß, Manuela, Januar 2023. Friedens- und Sicherheitspolitische Bildung an Schulen. <https://shop.freiheit.org/#/Publikation/1428>.

3. Fazit

Im Februar 2022 ordnete die russische Regierung einen Großangriff auf die Ukraine an; seither führt sie einen brutalen Krieg in Europa. Der nukleare Schutzschirm der NATO ist nur für NATO-Mitgliedstaaten bestimmt und galt somit nicht für die Ukraine. Dennoch glaubte das westliche Bündnis, dass allein seine Rhetorik und die verbal gezogenen roten Linien Russland von einem Angriff abhalten würde. Die Abschreckung – oder die erweiterte Abschreckung – hat nicht funktioniert. Die Reaktion der NATO und der europäischen Partner auf diesen Krieg wird von anderen Ländern in der Welt genau beobachtet; von Mächten wie China, die die Reaktionen des Westens auf regionale Konflikte abwägen, oder von Partnern wie Taiwan und anderen, die Gebietsansprüche benachbarter Mächte fürchten. Während China die Reaktion des Westens auf die russische Invasion in der Ukraine möglicherweise für seine eigene strategische Planung bewertet, bewerten kleinere Nationen, ob Europa und das westliche Bündnis ein zuverlässiger Sicherheitspartner sind. In beiden Fällen spielt die Abschreckungshaltung der NATO und der europäischen Partner eine entscheidende Rolle. Und wie das westliche Bündnis und Europa die Ukraine gegen die russische Invasion unterstützen, ist entscheidend für das Überleben liberaler Demokratien. Dazu gehören neben der militärischen auch wirtschaftliche und humanitäre Hilfe.

Was in Europa und insbesondere Deutschland noch fehlt, ist eine starke strategische Kultur. Das bedeutet eine partizipative Gestaltung der Sicherheitspolitik, die öffentliche Debatten und einen umfassenden Austausch zwischen Wissenschaft, Politik und Militär einschließt. Während in einigen Ländern wie Finnland oder den baltischen Staaten die Öffentlichkeit bereits stark in sicherheitspolitische Überlegungen eingebunden ist, werden Deutschland und andere, insbesondere mittel- und westeuropäische Länder, von einer stärkeren Einbindung der Öffentlichkeit in strategische Diskussionen über militärische und zivile Vorsorge, also Resilienz, profitieren. Jeder Bürger sollte über potenzielle Sicherheitsrisiken und Handlungsoptionen informiert sein, von hybriden Bedrohungen und Desinformation, Risiken durch klimatische Veränderungen, Angriffen auf kritische Infrastrukturen bis hin zu einem direkten territorialen Angriff.

Abschreckung sollte an die nationale und europäische Ebene angepasst werden. Während die NATO bereits auf die nationale Verantwortung zur Förderung der Resilienz hinweist, sollte die Abschreckung als solche über die rein verteidigungspolitische Ebene hinausgehen und in allgemeinpolitische Überlegungen einfließen. Abschreckung ist kein Allheilmittel. Doch allein die Entwicklung einer Abschreckungsstrategie und die Übernahme von Verantwortung im Rahmen dieser Strategie erhöht die Verteidigungsfähigkeiten liberaler Demokratien und minimiert das Risiko von Überraschungen.

Fehlinformationen über Begriffe wie Militarisierung und das Fehlen eines konstruktiven Diskurses über die Folgen von Waffenlieferungen an einen sich im Krieg befindenden Staat bremsen wichtige politische Entscheidungen. Deutschland muss ernsthaft in Maßnahmen der Abschreckung und Resilienz investieren. Dazu gehört die militärische Ausrüstung, von der individuellen Ausrüstung bis hin zu Panzern, Schiffen und Kampfflugzeugen, ebenso wie die Aufklärung der Bevölkerung und Investitionen in kritische Infrastrukturen, von den Energienetzen bis hin zur Wasserversorgung und Telekommunikation. Die für 2022 vereinbarten 100 Milliarden Euro an Sondermitteln für die Bundeswehr sind ein Anfang, wenn auch perspektivisch nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Es braucht deutlich mehr Mittel, insbesondere höhere Investitionen in den langfristigen Verteidigungshaushalt.

In Deutschland muss das Narrativ von Sicherheit, Verteidigung und Abschreckung verändert werden: In Abschreckung zu investieren bedeutet nicht die unbegrenzte Aufrüstung und Militarisierung von Gesellschaft und Staat. Die Aufklärung der Menschen über Bedrohungen und Möglichkeiten der Risikobewältigung führt nicht zu einer „Versicherheitlichung“ der Gesellschaft, sondern befähigt und ermächtigt jedes Individuum, informierte Entscheidungen zu treffen und in auftretenden Krisen zu handeln.

Die Demokratie muss verteidigt werden. Dazu müssen Deutschland und Europa ernsthaft in Abschreckung und Verteidigung investieren.

Über die Autorin



Theresa Caroline Winter

verantwortet den Themenbereich vernetzte Sicherheit und Verteidigungspolitik der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit (FNF). Sie ist insbesondere auf (nukleare) Abschreckung, den vernetzten Ansatz und Krisenmanagement spezialisiert. Vor ihrer Tätigkeit bei der FNF war Theresa Winter bei dem US-amerikanischen Luft- und Raumfahrtunternehmen Lockheed Martin tätig. Sie ist u.a. Mitglied im erweiterten Vorstand von Women In International Security Deutschland. Sie erhielt ihren Master-Abschluss in Crisis and Security Management von der Universität Leiden und ihren Bachelor-Abschluss in Europastudien von der Universität Magdeburg. Theresa Winter schrieb ihre Bachelorarbeit über ballistische Raketenabwehr in Europa und ihre Masterarbeit über russisches Krisenmanagement in Tschetschenien.

